

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 66.

Paderborn, 2. Juni

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementpreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postzuschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (Finanzen betreffend; Baiersche Erklärung; Zollvereinsangelegenheiten; Waldeck; Affessor von Herzfeld; Fabrikant Schildknecht; Radowig; Baierns Erklärung unbegründet); Frankfurt (Centralgewalt und Preußen; Donauwörth zerstört; Tagesbefehl des G.-L. Peucker; National-Versammlung); Darmstadt (badische Grenze); Mannheim (Siegel); München (Truppencorps); Dresden (Bakunin).

Schleswig-Holstein (Nachrichten von dort.)

Ungarn. (Osen von den Ungarn genommen.)

Frankreich. Paris (Eröffnung der legislativen Kammern).

Italien. (Römische Angelegenheiten.)

Rußland. Petersburg (Verhaftungen.)

Vermischtes.

Deutschland.

Berlin, 28. Mai. Wir schwimmen hier auf einem unermesslichen Ocean von Gerüchten, Täuschungen und Lügen ohne sichere Hoffnung herum, den Hafen der Wahrheit je zu erreichen. Was unsere Romantiker wollen, geht nicht, und was gehen würde, wollen sie nicht. Und doch drängen die innern wie die äußern Verhältnisse so mächtig, daß man endlich zu einem definitiven Entschluß wird kommen müssen. Die bitteren Erfahrungen, die man in neuester Zeit mit seinen eigenen Freunden gemacht hat, haben auch dem Ungläubigsten den klaren Beweis geliefert, daß doch beim Volke, wenn man es mit ihm wahrhaft redlich meint, die meiste Aufrichtigkeit zu finden ist. Was aber unsern Praktikern am meisten auffällt, ist der Umstand, daß unser Staat bei den enormen Ausgaben, die in neuester Zeit gemacht worden, noch immer zahlungsfähig ist. Man erklärt sich diese allerdings auffallende Erscheinung, die aber nicht mehr lange andauern kann, dadurch, daß unsere Finanzen früher einen jährlichen Ueberschuß von reichlich 10. Mill. jährlich hatten. Dazu kommen an 20 Millionen Bestände im Staatschatz, welchen die 15 Millionen der freiwilligen Anleihe, die der vereinigte Landtag bewilligt hat, hinzuzurechnen sind. Dann sind, außer dem Kredit der Seehandlung, bei manchem Ministerium größere Summen disponibel, die in der jetzigen Zeit der Noth flüssig gemacht werden können, und wohl auch schon gemacht worden sind. So besitzt das Kriegsministerium 5 Millionen Staatsschuldscheine, die aus dem Erlös der Verproviantirung der Rheinischen Festungen nach der Juli-Revolution entstanden sind. Allein alle diese finanziellen Palliativ-Mittel können bei den enormen Kosten, welche die Mobilmachung der Landwehr erfordern, nicht mehr lange ausreichen. Eine Zwangsanleihe, von der hier vielfältig gesprochen wird, läßt sich aber nicht oetropiren. Man wird daher doch endlich genöthigt sein, zum Ausschreiben der Wahlen zu schreiten.

A. 3.

Berlin, 28. Mai. Baiern hat den conferirenden Ministern seine Erklärung mit Entschiedenheit dahin abgegeben, daß es zu der in Berlin geschaffenen Verfassung, namentlich was sie über die Oberhauptfrage feststellt, seine Zustimmung nicht geben werde. Nur ein Directorium könne einstweilen den gordischen Knoten zerhacken, und alle zum deutschen Bunde Gehörigen unter das schwarz-roth-goldene Banner vereinigen. Ein preussisches Erbkaiserthum könne es nicht anerkennen, und müsse sich in diesem Falle an Oesterreich halten. Welche Erbitterung diese Antwort unter den Stockpreußen hervorgerufen hat, können Sie sich leicht denken. Schon dachte man an extreme Maßregeln, von denen die mildeste die sofortige Publication der kleindeutschen Verfassung wäre. Aber der biedere Sinn unser Königs hat sich diesem widersetzt. Gätte er nicht falsche Freunde, so würde die deutsche Frage für Deutschland günstiger gelöst werden.

Berlin, 29. Mai. Anfangs Juli steht die Generalconferenz für Zollvereinsangelegenheiten in Berlin zu er-

warten, um über den Anschluß Hannovers und der norddeutschen Küstenstaaten und über die zu diesem Ende vorzunehmenden Modificationen in dem Vereinstarif zu unterhandeln. Es sind alle Aussichten vorhanden, daß dieser Anschluß mit dem 1. October ins Leben trete. Nach den Aeußerungen des hier anwesenden hannoverschen Staatsministers Herrn Stüve sind von hannoverscher Seite keine Anträge mehr zu besorgen, welche das Zustandekommen des Anschlusses in Frage stellen könnten. Möchte doch diesem Theile des deutschen Einigungswerkes — und wir halten es für eins der wichtigsten — die allseitige Anerkennung der Nothwendigkeit und die Unaufschiebbarkeit über die schwere Stunde der Geburt hinweghelfen.

D. R.

— 29. Mai. Ueber den Verlauf der Voruntersuchung gegen Waldeck verlautet nichts Zuverlässiges; gerüchtsweise wird erzählt, es habe sich bereits herausgestellt, daß zwei dem Angeklagten zur Last gelegte Briefe nicht von ihm herrühren (die Kreuzzeitung nennt das ein feiges Ablehnen), und daß der Staatsanwalt die Untersuchung gegen die Verfälscher jener Schriftstücke beantragt habe.

— Der hiesige Affessor von Herzfeld, ein bekannter Demokrat, ist ebenfalls verhaftet worden. Unter seinen Papieren hat man Abschriften des Märzvereins zur Verbreitung unter das preussische Militär gefunden, um dieses zum Aufstande gegen die Regierung zu vermögen.

— Welcher Geist unsere Demokraten beseelt, mag das Beispiel des Fabrikanten Schildknecht beweisen, der gegenwärtig verhaftet, seinen Angehörigen den Befehl erteilt hat, sofort die größtentheils von einem Werführer geleitete Fabrik zu schließen und seine zahlreichen Arbeiter zu entlassen. Dies beweist, was von der Theilnahme der Demokraten an dem Wohl der Arbeiter zu halten ist.

— Mit Bestimmtheit wird versichert, daß noch heute die von Preußen und den übrigen drei Regierungen berathene Verfassung erscheinen wird. Den Bemühungen des Herrn v. Radowik soll es gelungen sein, alle widerstrebende Elemente Baierns, Hannovers und Oesterreichs zu beslegen.

Berlin, 29. Mai. Ein hier mehrfach verbreitetes Gerücht, die bairische Regierung habe sich nunmehr doch mit dem Verfassungsentwurfe des preussischen Gouvernements einverstanden erklärt, ist unbegründet; Baiern hat keine neuen Schritte gethan. Nichtsdestoweniger wird mit der größten Bestimmtheit versichert, Preußen werde allein mit der Publikation der deutschen Reichsverfassung vorgehen.

Die Zusammenberufung der preussischen Kammern soll, wie gewöhnlich Wohlunterrichtete versichern, in dem verfassungsmäßigen Zeitraum von 60 Tagen nach der Auflösung wirklich erfolgen.

Frankfurt, 28. Mai. Die Deutsche Zeitung sagt: Das Verhältniß zwischen der Centralgewalt und Preußen ist das des offenen Bruches. Das beiderseitige Verhalten mag verschieden beurtheilt werden, die Folge des Bruches kann nur sein, daß die Centralgewalt aufhört. Von der Nationalversammlung ist sie abgesetzt; von Oesterreich längst verlassen und durch den schlechtesten Rath beschädigt, von Baiern nicht nur nicht unterstützt, sondern um Hilfe angegangen; Preußen hat ihr abgefragt, die übrigen Regierungen wenden sich dahin, wo die Macht ist, das heißt zu Preußen. Sonach scheint der Augenblick gekommen, wo das Wohl und das Interesse Deutschlands dem Erzherzog Johann gebieten, seinen längstgefaßten Entschluß auszuführen, und sein Reichsverweseramts, das er an Preußen zu übertragen sich nicht berechtigt glaubte, den Bevollmächtigten der Deutschen Regierungen zurückzugeben. Machen die Bevollmächtigten von Oesterreich und Baiern den Vorschlag, alsbald die Bundesversammlung wieder zu eröffnen, so werden Preußen, Hannover und Sachsen Widerspruch erheben, die Vertreter der 28 Regierungen werden sogleich oder doch bald unter dem nöthigen Vorbehalt sich an die drei größeren anschließen, wenn diese für die Deutsche Einheit wirklich redlichen Willen zeigen. Dann stehen auf der einen Seite Oesterreich und Baiern, auf der andern die übrigen Deutschen Staaten mit Preußen an der Spitze, dazwischen die in der Pfalz und Baden herrschende Partei,